

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Transfersystem - Bundeshaushalt '82 -
Energiepolitik - EG-Stahlmarkt - Franc**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1981) : Kurz kommentiert: Transfersystem - Bundeshaushalt '82 - Energiepolitik - EG-Stahlmarkt - Franc, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 7, pp. 313-314

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135574>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Transfersystem

Besser als sein Ruf

In letzter Zeit wurde die Kritik an der Ausdehnung des Staatssektors, insbesondere im sozialen Bereich, immer heftiger. Die Kritiker vertraten u. a. die Meinung, daß das unübersichtliche System von Abgaben und Transferzahlungen lediglich dazu führe, daß auf dem Umweg über den Staat eine Umverteilung von der linken in die rechte Tasche des Bürgers stattfinde.

Dieser Ansicht widerspricht nun die Transfer-Enquête-Kommission, die nach vierjähriger Arbeit kürzlich ihren Abschlußbericht vorlegte. Die Kommission kommt darin zu dem Ergebnis, daß die Verteilung der verfügbaren Einkommen gleichmäßiger als die der Bruttoeinkommen ist. Wird dies als Hauptzweck des Transfersystems angesehen, so ist der Kommission zuzustimmen, wenn sie das Gesamturteil fällt, daß das Verteilungssystem in der Bundesrepublik insgesamt in Ordnung sei und seinen Zweck erfülle. Die Experten weisen aber auch auf die Grenzen des Systems hin, die sowohl auf der Leistungs- als auch auf der Belastungsseite bestehen. Zum einen kann der Staat den Bürgern nicht alle wirtschaftlichen und sozialen Risiken abnehmen, und zum anderen werden bei den bereits sehr hohen Belastungen mit Steuern und Sozialabgaben zusätzliche Belastungen nur noch schwer akzeptiert.

Angesichts dieser hohen Belastung muß jedoch die Frage gestellt werden, ob der Zweck des Transfersystems tatsächlich auch ökonomisch, d. h. mit einem möglichst geringen Aufwand, erreicht wird. Es muß – trotz des alles in allem befriedigenden Ergebnisses – nachdenklich stimmen und zu Zweifeln an der Rationalität des Systems führen, wenn die Kommission feststellt, daß der einzelne Bürger heute keinen Überblick mehr über das Leistungssystem hat. wei

Bundeshaushalt '82

Finanzpolitische Kurskorrektur?

Mit dem Bundeshaushalt 1982 soll die entscheidende finanzpolitische Kurskorrektur erfolgen, zu der bisher trotz aller Absichtserklärungen die politische Kraft gefehlt hat. Bundesfinanzminister Matthöfer will an der in der mittelfristigen Finanzplanung für 1982 vorgesehe-

nen Neuverschuldung von 26 Mrd. DM festhalten, nachdem in diesem Jahr die Nettokreditaufnahme mit rund 34 Mrd. DM gegenüber der ursprünglichen Planung bereits um über 6 Mrd. DM überzogen wurde.

Dies ist eine ausgesprochen ehrgeizige Zielsetzung, deren Ausmaß erst dann deutlich wird, wenn man die der mittelfristigen Finanzplanung für 1982 zugrunde gelegten gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten mit den jetzigen Vorstellungen über die Konjunktur 1982 vergleicht. Damals wurde ein reales Wirtschaftswachstum von 4 % für möglich gehalten, heute erscheint sogar die amtliche Projektion von 2-2½ % noch als ehrgeizig. Es stellt sich die Frage, ob man das Ziel der Konsolidierung an einem Referenzsystem messen sollte, das zur heutigen gesamtwirtschaftlichen Situation keinerlei Bezug mehr hat.

Für 1982 werden jetzt Mehrausgaben von 17 Mrd. DM gegenüber den Ansätzen der mittelfristigen Finanzplanung genannt, während die Steuereinnahmen – nach den Ergebnissen der letzten Steuerschätzung – um 5 Mrd. DM unter den Annahmen bleiben werden. Die Begrenzung der Neuverschuldung auf 26 Mrd. DM kann nur dann erreicht werden, wenn der hinsichtlich seiner Höhe wohl einmalige Bundesbankgewinn von 10 Mrd. DM voll einbezogen wird und darüber hinaus die Ausgaben um 12 Mrd. DM gekürzt und damit auf 240 Mrd. DM begrenzt werden. Bei einem solchen Kraftakt läge die Zuwachsrate der Ausgaben gegenüber dem laufenden Etat mit nur 3,8 % deutlich unter der angenommenen Wachstumsrate des nominalen Sozialprodukts von 6 %. Der Bund hätte damit einen ersten Schritt zur mittelfristigen Konsolidierung geleistet. sc

Energiepolitik

Energie und Umwelt

In dem jetzt der Presse vorgestellten Gutachten über „Energie und Umwelt“ kommt der Sachverständigenrat für Umweltfragen beim Bundesinnenministerium zum Ergebnis, daß sich weder Kernenergie noch Kohle zur massiven Ausdehnung des Energieangebots in der Bundesrepublik eignen. Anstelle einer immer stärkeren Ausweitung der herkömmlichen Energiequellen fordert der Rat verstärkte Maßnahmen zur rationellen Energienutzung, um die Umweltbelastungen und -gefährdungen durch die genannten Energieträger einzudämmen.

Bemerkenswert an dem Gutachten ist, daß es eine eingehende Analyse der energiewirtschaftlichen, technischen, medizinischen, ökonomischen und siedlungsstrukturellen Zusammenhänge bietet, die es erlaubt, die Konsequenzen unterschiedlicher energiepolitischer Strategien besser abzuschätzen. In seiner Differenziertheit unterscheidet sich die Arbeit von etlichen verallgemeinernden Veröffentlichungen der letzten Jahre. So nimmt der Rat beispielsweise eine saubere Trennung zwischen den oft pauschal behandelten Risiken von Kernkraft- und Kohlekraftwerken vor und stellt klar, daß es zu den Risiken großer Unfälle, der Wiederaufbereitung und der Endlagerung im Kernenergiebereich bei der Kohle keine Parallele gibt.

Die Bundesregierung und auch der deutsche Steinkohlenbergbau haben den Gutachtern bescheinigt, daß sie einen wichtigen Beitrag zur energiepolitischen Diskussion geliefert haben. Es ist zu hoffen, daß sich die Schlußfolgerungen des Gutachtens, die einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten, in der entstehenden 3. Fortschreibung des Energieprogramms niederschlagen und die Energieeinsparung konsequenter als bisher in den Mittelpunkt der deutschen Energiepolitik rückt. Einen Katalog möglicher Maßnahmen hat die Kernenergie-Enquête-Kommission des Bundestages bereits vor einem Jahr vorgelegt. ma

EG-Stahlmarkt

Unbefriedigender Kompromiß

Nach zähen Verhandlungen einigten sich am 25. Juni die für die Industriepolitik zuständigen Minister der EG auf einen Kompromiß, durch den die europäische Stahlindustrie aus der seit 1975 bestehenden Krise herausgeführt werden soll. Skepsis ist allerdings angebracht, ob die gewählten Maßnahmen in die richtige Richtung wirken. So ist die Beibehaltung des dirigistischen Ansatzes, durch den u. a. Produktions- und Lieferquoten für etwa zwei Drittel der EG-Stahlprodukte festgelegt werden, kaum geeignet, den notwendigen Anpassungsprozeß in der Stahlindustrie zu bewirken.

Eher schon ist der verabschiedete Subventionskodex zu begrüßen. Bis Ende 1985 soll Schluß sein mit dem nationalen Beihilfe-Unwesen, wobei bis dahin für die einzelnen Subventionen unterschiedliche Regelungen gelten. Die Bundesrepublik, deren nicht-subventionierte Stahlindustrie unter dem Druck der zum Teil hoch alimentierten ausländischen Konkurrenz steht, konnte sich mit ihrer Forderung nach einem rascheren Beihil-

fen-Abbau nicht durchsetzen. Angesichts der langen Fristen für das Auslaufen der nationalen Subventionen besteht damit die Gefahr eines zunehmenden Protektionismus. Die Grenzabgaben auf Stahllieferungen aus subventionierenden Gemeinschaftsländern in die Bundesrepublik sind nicht vom Tisch. Zudem hat man sich durch eine auf französischen Wunsch aufgenommene Ausnahmeklausel prinzipiell die Möglichkeit für weitere Subventionen auch nach 1985 offengelassen. Angesichts der bisher geringen Bereitschaft einiger EG-Länder, sich an die Spielregeln des Wettbewerbs zu halten, darf man die Chancen für eine Krisenbewältigung in der europäischen Stahlindustrie nicht in einem allzu rosigen Licht sehen. kr

Franc

Ruhe vor dem Sturm?

Wer nach dem Wahltriumph Mitterrands eine schnelle Franc-Abwertung erwartet hatte, der irrte sich. Dabei wäre nichts verständlicher gewesen als eine rasche Neubewertung. Denn bereits vor den Wahlen galt eine Wechselkurskorrektur als unvermeidlich, weil die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft preisbedingt laufend abgenommen hat. Zudem trat der Sieger mit dem Image an, er würde die Arbeitslosigkeit auch um den Preis steigender Inflationsraten kurieren wollen. Kommunisten in der Regierung und Mitterrands weitgehende Reformpläne waren ebenso wenig geeignet, das Vertrauen internationaler Kapitalanleger zu gewinnen. Der Druck auf den Franc konnte somit nur noch durch Kapitalverkehrskontrollen, Interventionen am Devisenmarkt und exorbitant hohe Zinsen aufgefangen werden.

Diese Restriktionenpolitik beizubehalten, wäre allein geeignet, die französische Valuta auch mittelfristig zu stabilisieren, senkt sie doch die hohe Inflationsrate und hält – wegen der hohen Zinsen – das Kapital im Lande. Eine solche Therapie müßte aber mit einer Stabilisierungsrezession und steigender Arbeitslosigkeit bezahlt werden – ein Konzept, von dem erwartet werden mußte, daß es gerade Mitterrand nicht durchhalten würde. Deshalb verwundert es nicht, daß die französische Notenbank bereits wieder die monetären Bremsen lockerte. Würde Mitterrand gar versuchen, seine Reformpläne durch die Notenpresse zu finanzieren, würden die inflationsbedingten Zentrifugalkräfte im EWS verstärkt. Letztlich würde er damit den Franc aus dem EWS heraussprengen und Mißtrauen in das Fortbestehen des (Rest-)EWS erzeugen. Dies könnte leicht eine Kettenreaktion zur Folge haben. Die gegenwärtige Ruhe wäre dann die vor dem Sturm. gm